



Baden-Württemberg

UMWELTMINISTERIUM

22. Juni 2007

Sperrfrist: Beginn der Rede

Grußwort von
Frau Umweltministerin Tanja Gönner
anlässlich Jubiläumsfestveranstaltung
Öko-Institut

am 22. Juni 2007

in Freiburg, Historisches Kaufhaus

- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -

Gliederung

1. Einleitung
2. Bedeutung des Öko-Instituts
3. Staat oder Eigenverantwortung - Beispiele
4. Beispiel Flächenverbrauch und Klimaschutz
5. Ein neuer Ansatz: Die Nachhaltigkeitsstrategie
6. Schluss

1. Einleitung

Anrede,

ich freue mich, dass Sie mich anlässlich des Jubiläums des Öko-Instituts zu einem Grußwort und zur Podiums-Diskussion eingeladen haben. Es ist eine spannende Aufgabe für mich hier zu sprechen, weil Sie nicht nur eine wissenschaftliche Einrichtung sind, sondern mittlerweile zu einer „Institution“ (in jedem Wortsinn) geworden sind – und das nicht nur in Deutschland.

Sie schreiben es in Ihrem Profil selbst: Das Öko-Institut e.V. ist eine der europaweit führenden, unabhängigen Forschungs- und Beratungseinrichtungen für eine nachhaltige Zukunft. Sie beraten Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Dem ist von meiner Seite nur hinzuzufügen: Sie machen es gut und dafür gebührt Ihnen mein besonderer Dank!

Spannend ist es auch deshalb, weil Sie einerseits ein kaufmännisch orientiertes Unternehmen sind und sein müssen, andererseits eine wertorientierte wissenschaftliche Forschung betreiben. Mit der Gründung des Öko-Instituts vor 30 Jahren haben Sie sich, gemeinnützig, die Mission für eine nachhaltige Welt auf ihre Fahnen geschrieben.

Mit Ihrer Gründung haben Sie sozusagen schon einen Beitrag für die spätere Podiumsdiskussion geliefert: Eigenverantwortung oder Staat? Sie haben sich für Eigenverantwortung entschieden.

Die Landesregierung Baden-Württemberg hat vor genau 20 Jahren zu diesem Thema auch einen Beitrag geleistet. Sie hat das Umweltministerium als eine staatliche Antwort auf die Probleme der Umwelt gegründet.

Auch wenn Sie jetzt süffisant sagen können, „die Politik war 10 Jahre später dran“: Ich erwähne das deshalb, weil damals (wie heute) die Frage „Staat oder Eigenverantwortung“ im politischen Bereich sehr kontrovers diskutiert wird.

Umweltschutz wurde staatlich ja längst betrieben, nur in verschiedenen Fachressorts. Wir wissen heute: Die etwas länger dauernde Entscheidung, ob sich der Staat mit der Gründung eines eigenständigen Umweltministeriums „einmischt“, hat sich im Nachhinein in vollem Umfang bewährt.

2. Bedeutung des Öko-Instituts

Welche Bedeutung und Stellenwert hat das Öko-Institut für die Umweltpolitik, die Nachhaltigkeit und für die Gesellschaft? Vorneweg dazu vielleicht eine kleine Zahlenspielerlei:

Wer im Internet nach dem ersten baden-württembergischen Umweltminister vor 20 Jahren „Erwin Vetter“ ‚googelt‘, findet immerhin knapp 850 Fundstellen. (Allerdings muss man auch sehen, dass das Wort ‚Internet‘ erst 10 Jahre später erfunden wurde). Wer nach dem weltweit renommierten Gastredner von heute Morgen, also nach „Klaus Töpfer“ sucht, findet gigantische 450.000 Fundstellen. Doch das Öko-Institut toppt sogar diese Zahl noch mit 514.000 Fundstellen. Wenn man Ihre umfangreiche Referenzliste der letzten drei Jahrzehnte anschaut (es sind vier dicke Pakete), erscheint es andererseits auch wieder nur zu verständlich. Auch das Umweltministerium hat Sie immer wieder als Berater hinzugezogen, mehrfach im Bereich der Sicherheit von Kernkraftwerken, im Klimaschutz und bei Abfallfragen.

Wenn ich noch weiter zurückgehe, in die Gründungszeit und den damaligen Anlass Ihrer Gründung vor 30 Jahren, wäre ein Mitglied der Landesregierung hier am Kaiserstuhl von vielen nicht so freundlich willkommen geheißen worden. Um ein bisschen „kess“ zu sein: Im Nachhinein betrachtet müssten Sie sogar der damaligen Landesregierung noch heute dankbar sein. Hätte sie damals nicht das KKW Wyhl geplant, gäbe es vielleicht heute kein Öko-Institut und keine Jubiläumsveranstaltung.

Jetzt wieder ganz ernsthaft, sage ich dazu: Das wäre sicherlich bedauerlich, weil wir das Öko-Institut brauchen. Und warum? Gerade das Beispiel Wyhl zeigt, wie schwierig es aus Sicht der jeweiligen Zeit ist, ausreichende und verlässliche Informationen zu haben, und dann (schon sind wir wieder beim Thema!) „nachhaltig“ und „richtig“ zu entscheiden. Natürlich sind ohne Wyhl Ende der 70er Jahre nicht die Lichter ausgegangen. Der Pathologe ist im Nachhinein immer klüger als der Chirurg. Doch unterschiedliche Einschätzungen und Interpretationen gibt und gab es nicht nur bei der oft gescholtenen Politik, sondern genauso bei der Wissenschaft und der freien Wirtschaft. Mir fällt dazu immer das Beispiel des angeblich so eisenreichen Spinats ein. Jahrzehntlang hat man deshalb Kinder zum Spinatessen genötigt, ja gequält, und dann war alles wegen eines schnöden Rechenfehlers umsonst.

Bei allen Irrtümern, denen wir alle unterliegen, gibt es keine Alternative zu besseren, vernetzten und unabhängigen Informationen als Grundlage für anstehende Entscheidungen. Und deshalb ist eine „Institution“ wie das Öko-Institut wichtig.

Ich will nicht verhehlen, dass Sie nicht nur ein bequemer Berater sind oder waren. Das dürfen Sie auch nicht sein. Sie waren mitunter schon ein Stachel im Fleisch des gesellschaftlich vorherrschenden, gedanklichen Mainstreams. Auch, weil Sie dabei die wissenschaftliche Seriosität und den gegenseitigen Respekt gerade anderen Meinungen gegenüber nie vergessen haben, bin ich gerne gekommen. Ich sage das auch ausdrücklich im Wissen, dass ich bei der Frage der Nutzung und Nutzungsdauer der Kernenergie anders als das Öko-Institut denke.

3. Staat oder Eigenverantwortung – Beispiele

Ich möchte meine Grußworte auch nutzen, ganz im Sinne der sachlichen Arbeit des Öko-Instituts, mit einigen Impulsen Ihre Aufmerksamkeit auf das Thema der nachfolgenden Podiumsdiskussion zu lenken.

Man kann es sich ja einfach machen, und ganz flach sagen, „Soviel Staat wie nötig und soviel Privatwirtschaft wie möglich“. Das ist modern, hört sich auch gut an und entspricht so auch dem derzeitigen gesellschaftlichen Trend. Vielleicht stimmt es ja. Der staatliche Umweltschutz war anfangs stark auf die eine Seite fixiert:

Mit der „End-of-pipe“ – Philosophie hat er bis ins Detail vorgeschrieben und überwacht, wie Filter, Kläranlagen, Technik, usw. im Detail aussehen müssen. Inzwischen ist das Pendel sicher stärker in die andere Richtung ausgeschlagen: Der staatliche Umweltschutz sagt, welches (Umwelt-) Ziel zu erreichen ist, und die Wirtschaft sorgt dafür, es zu erreichen, ohne dass der Staat Vorschriften über das Wie im Detail macht. Er beschränkt sich auf eine Ergebnisüberwachung. Wo positioniert sich das Umweltministerium zwischen diesen Polen?

Ich möchte Ihnen einige Beispiele anreißen, die zeigen, wie schwierig eine Antwort im Konkreten ist:

- Rohstoffe durch Recycling zu substituieren wird in der Zukunft eine wichtige Rolle in einer nachhaltigen Abfallwirtschaft spielen.
Am Beispiel Baustoffrecycling stellt(e) sich die Frage: Muss oder soll der Staat die für die Menschen und zum Schutz von Grundwasser und Boden notwendig gute Qualität von Baustoffrecyclingmaterial streng mit einem Behördenapparat kontrollieren. Oder darf der Staat das Recycling-Material zum frei handelbaren Produkt erklären? Vorausgesetzt, dass kontinuierlich eine Qualitätsprüfung in Eigenverantwortung der Industrie erfolgt. Kann damit ein besseres nachhaltiges Ressourcenmanagement erreicht werden?
Wir haben uns für den Weg einer Eigenverantwortung der Wirtschaft entschieden.
- Sondermüllentsorgung: Nachdem sich Mitte der 1990er Jahre die Entsorgungssituation durch Schaffung von Anlagenkapazitäten auf der einen Seite und Maßnahmen zur Vermeidung und Verwertung auf der anderen Seite deutlich entspannte, bestand für das Land kein Anlass mehr, planerisch im Hinblick auf die Schaffung eigener Anlagen tätig zu werden. Als Konsequenz aus dieser veränderten Situation zog sich das Land mit dem Verkauf der Sonderabfallentsorgung Ba-

den-Württemberg GmbH (SBW) im Jahre 2000 weitgehend aus der operativen Sonderabfallwirtschaft zurück und konzentriert sich seither im Wesentlichen auf die eigentliche hoheitliche Aufgabe, die Sonderabfallüberwachung und insbesondere den Vollzug der Andienungspflicht für gefährliche Abfälle zur Beseitigung.

4. Beispiel Flächenverbrauch und Klimaschutz

Auf zwei Beispiele muss ich natürlich – in aller Kürze – hier eingehen: Wie halten wir es bei den großen Themen „Flächenverbrauch“ und „Klimaschutz“: „Staat oder Eigenverantwortung“?

Beim Thema „Flächenverbrauch“ (das Problem hier zu erläutern, wäre Wasser in den Oberrhein getragen) stehen wir vor der noch nicht gelösten Frage, wie wir der Verdoppelung der Siedlungsfläche in den letzten 50 Jahren entgegenwirken können und wenigstens den weiteren Zuwachs eindämmen können. Einschränkungen der kommunalen Planungshoheit, Abgabenlösungen und Zertifikatslösungen? Staat oder Eigenverantwortung?

Nach eingehenden Diskussionen im Land, mit allen Beteiligten, haben wir in Baden-Württemberg zunächst einen konsensualen Ansatz gewählt, gleichzeitig die Methoden des Flächenmanagements entwickelt und verfeinert und eine breite Bewusstseinsbildung zum Flächenschonen eingeleitet. Effizienz und Qualität statt Bruttowachstum, Innenentwicklung statt Außenentwicklung. Wir stehen bundesweit gesehen sehr gut da. Das Rückgrat unserer Strategie ist das Aktionsbündnis „Flächen gewinnen in Baden-Württemberg“ mit allen relevanten gesellschaftlichen privaten und staatlichen Akteuren im Land. Wir werden beobachten, ob wir damit Erfolge haben und prüfen ob wir nicht doch „mehr staatliche Intervention“ brauchen.

Beim Thema Klimaschutz, – ich möchte es (entgegen seiner Bedeutung) hier nur kurz anreißen –, dürfen wir nicht so lange warten, bis die Auswirkungen der Klimaänderung so teuer werden, dass Privatbürger und Wirtschaft selbst entsprechende Maßnahmen verlangen und finanzieren. Das wäre zynisch. Eine „Selbstregulierung“ der freien Kräfte am Markt würde hinsichtlich der Nutzung der Naturressourcen erst stark verzögert und mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt und erhebliche Kosten für deren „Reparatur“ einhergehen, wie die Altlastenbeispiele in Deutschland

oder die heutige Situation in China zeigen. Hinzu kommt, dass der Prozess ja nicht ohne weiteres mehr zu stoppen oder gar umzukehren ist.

Wir arbeiten hier auf beiden Wegen mit Hochdruck und entscheiden im Moment im Einzelfall, wo wir mit Ge- und Verboten und wo mit Eigenverantwortung schneller und besser vorankommen.

5. Ein neuer Ansatz: Die Nachhaltigkeitsstrategie

Wir haben mit dem Start der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes einen neuen Politikansatz gewählt und ich glaube, dass er einen wichtigen Beitrag zur Entpolarisierung zwischen „Staat und Eigenverantwortung“ leistet.

Mit der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes wählen wir den neuen Ansatz, mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen bereits die Ziele, Rahmenbedingungen und Wege dorthin ergebnisoffen zu diskutieren und möglichst zu vereinbaren. Es macht einen großen Unterschied, ob der Staat einseitig „vordenkt und vorschreibt“, oder ob wir alle – miteinander – die Ziele und Wege diskutieren und vereinbaren, die ein künftiges Baden-Württemberg, ein Deutschland und eine Welt ermöglichen, in der sich auch unsere Kinder noch wohlfühlen können.

6. Schluss

In diesem Sinne gratuliere ich Ihnen zu Ihrem Jubiläum. Ich bitte Sie, uns, die Politik, die Wirtschaft und die Gesellschaft auch weiterhin fundiert und gut zu beraten, neue Wege aufzuzeigen und dabei auch unbequeme und steinige Wege nicht auszusparen. Wir brauchen (S)ie.

Herzliche Glückwünsche und alles Gute für das nächste Jahrzehnt!